

**Regionalkonferenz Frankfurt „Recruitment-Strategien“ am 6. Dezember 2006
in Frankfurt a. M.**

**Eröffnungsrede
Andreas Storm, Parlamentarischer Staatssekretär
im Bundesministerium für Bildung und Forschung**

Entwurf

Sehr geehrte Frau Bollin-Flade,
sehr geehrter Herr Dr. Voigt,
sehr geehrte Frau Wenzel,
sehr geehrte Vertreter internationaler Unternehmen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Sie sind Teilnehmer einer ganz besonderen Tagung. Im Rahmen unserer bundesweiten Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“, zu der bundesweit insgesamt acht Regionalkonferenzen durchgeführt werden, fällt die heutige Konferenz in Frankfurt am Main zweifelsohne aus dem Rahmen, denn sonst hätte sie nicht stattfinden brauchen. „Nun“, werden Sie fragen, „was ist das für eine Initiative und warum kann die Frankfurter Konferenz nur dann stattfinden, wenn sie aus dem Rahmen fällt?“

Gestatten Sie, dass ich zur Erläuterung dieser Fragen ein wenig weiter aushole. Seien Sie gewiss, am Ende meiner Rede kennen Sie die Hintergründe und ich hoffe, dass Sie am Schluss dieser Tagung sich glücklich schätzen werden, dabei gewesen zu sein.

Schaut man in die Telefonbücher Frankfurts oder vieler anderer deutscher Städte, so findet man neben den vielen Müllers, Meyers, Schmidts zahlreiche Namen, die eigentlich keinen deutschen Ursprung haben. Deutschland – im Herzen Europas gelegen – ist geprägt von Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft, als Fremde kamen ihre Vorfahren einstmals nach Deutschland und haben hier eine neue Heimat gefunden. Heute erinnert bei vielen Deutschen nur noch der Name an ihre besondere Geschichte.

In der jüngsten deutschen Geschichte – vor rund 40 Jahren – hatte erneut eine große Wanderungsbewegung nach Deutschland eingesetzt. Millionen so genannter „Gastarbeiter“ kamen nach Deutschland und haben viel zu unserem Reichtum und Wohlstand beigetragen. Viele dieser Menschen sind geblieben, haben eine neue Heimat gefunden, die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen und leben und arbeiten inzwischen in der zweiten und dritten Generation.

In den letzten 20 Jahren ist zudem eine weitere bedeutsame Entwicklung eingetreten: Die jüngste Einwanderergeneration gestaltet unser wirtschaftliches Leben zunehmend aktiv mit. Die Anzahl von Unternehmen in Deutschland mit Inhabern ausländischer Herkunft nimmt erfreulich zu. Ihre Zahl hat sich seit Beginn der 90er Jahre verdoppelt auf jetzt weit über 300.000.

Auch in Frankfurt ist diese Entwicklung nicht vorbeigegangen: Unter den rund 625.000 Einwohnern sind 165.000 ausländische Mitbürger. Gut ein Viertel der Einwohner Frankfurts besitzt demnach keine deutsche Staatsangehörigkeit.

Meine Damen und Herren,

wie Ihnen sicherlich nicht entgangen sein dürfte, steht heute die Berufsbildung als ein wichtiges Instrument der effektiven Personalentwicklung im Mittelpunkt unserer Überlegungen.

Die Bundesregierung bekennt sich klar zur Bedeutung von Bildung, beruflicher Ausbildung und Qualifizierung. Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen und Motor für gesellschaftliche, wirtschaftlich-technische, kulturelle und soziale Entwicklungen. Junge Leute und ihre Talente bilden die Basis für die Zukunft unseres Landes. Es ist unsere Aufgabe, ihnen Chancen zum Aufbau ihrer beruflichen Existenz zu eröffnen und sie zur Teilhabe an der Gesellschaft zu befähigen. Dabei spielt unser System der Berufsbildung, also die praxisnahe Ausbildung im Betrieb mit ergänzendem Unterricht an der Berufsschule, eine zentrale Rolle.

Nach wie vor durchlaufen weit mehr als die Hälfte eines Altersjahrgangs (58 %) die duale Berufsausbildung. Insofern ist sie auch heute noch die mit Abstand bedeutendste Ausbildungsform in Deutschland.

Tatsache ist aber auch, dass wir seit einigen Jahren ein quantitativ unzureichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen haben. 49.500 bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Lehrstellenbewerber suchten zum 30.09.2006 noch einen Ausbildungsplatz. Demgegenüber waren zu diesem Zeitpunkt lediglich 13.400 Stellen unbesetzt. Im Zuge der Nachvermittlung konnte die Zahl der unvermittelten Bewerber bis Mitte November auf 27.900 gesenkt werden. Es bedarf also noch erheblicher Anstrengungen, bis zum Ende dieses Jahres einen annähernden Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt zu erreichen. Auch in den kommenden Jahren wird in Deutschland die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl betrieblicher Ausbildungsplätze eine wichtige Daueraufgabe aller Beteiligten in Wirtschaft und Politik bleiben.

Eine besondere Rolle – und jetzt komme ich zu dem ursprünglichen Anliegen unserer Tagung – kommt hierbei den Unternehmen mit Inhabern ausländischer Herkunft zu. Die Ausbildungspotenziale dieser in Deutschland erfolgreich agierenden Unternehmen sind noch nicht ausgeschöpft. Je nach Nationalität liegt ihre Beteiligung an der betrieblichen Ausbildung lediglich zwischen 6 und 15 Prozent, zum Vergleich: Bundesweit beteiligen sich knapp 24 % aller Unternehmen an der Ausbildung. Schätzungsweise 25.000

Ausbildungsplätze werden derzeit von Betrieben mit Inhabern ausländischer Herkunft angeboten. Diese Zahl wollen wir deutlich steigern.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag sowie deutsch-ausländische Unternehmerverbände haben hierzu die eingangs erwähnte Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“ gegründet, an der sich seit Frühjahr diesen Jahres auch meine Kollegin, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer, sowie der Zentralverband des Deutschen Handwerks beteiligen: Wir wollen bis zum Jahr 2010 bei ausländischen Unternehmen rund 10.000 neue Ausbildungsplätze mobilisieren. So wollen wir einen Beitrag zur Entlastung des Ausbildungsmarktes leisten und zugleich ein deutliches Signal zur Integration setzen.

Erfolgreiche Strategien zur Umsetzung dieser Ziele können jedoch nur vor Ort bzw. in den Regionen erarbeitet und umgesetzt werden. Die Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“ hatte daher beschlossen, insgesamt acht Regionalkonferenzen in Städten mit einem hohem Anteil an ausländischen Mitbürgern durchzuführen, damit vor Ort entsprechende Initiativen gestartet werden. Eine dieser Städte ist Frankfurt am Main.

Meine Damen und Herren,
ich komme jetzt zurück zu meiner eingangs geschilderten Fragestellung, warum die Frankfurter Konferenz eine besondere Tagung ist:

Zuerst einmal können wir erfreulicherweise feststellen, dass im Großraum Frankfurt zum Aspekt, mehr Ausbildungsplätze in ausländischen Unternehmen zu schaffen, bereits seit Jahren gute Arbeit geleistet wird. Federführend hierfür ist das vom Land Hessen geförderte Projekt **IUBA – Internationale Unternehmen bilden aus**. IUBA ist ein Kooperationsprojekt der hessischen Industrie- und Handelskammern und des Instituts für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, INBAS. Seit 2001 wurden mit Hilfe dieses Projektes bislang über 1.500 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze bei ausländischen Unternehmen gewonnen. IUBA kooperiert in Hessen dabei auch mit weiteren Projekten, die eine vergleichbare Zielstellung haben.

Warum sollten wir dann noch eine Regionalkonferenz in Frankfurt einberufen?

Die Antwort ist ganz einfach: Wir wollen unseren Horizont über Europa hinaus erweitern! Hauptansprechpartner von IUBA und vieler anderer Projekte in Hessen sind bislang Unternehmen mit ausländischen Inhabern, die aus der Europäischen Union oder der Türkei stammen. Gerade im Raum Frankfurt – mit seinem internationalen Großflughafen – sind jedoch auch zahlreiche weltweit operierende Unternehmen und Konzerne angesiedelt, die ihren Stammsitz in Asien oder Amerika haben. Sie schätzen in Frankfurt die ausgezeichnete Infrastruktur, die zentrale Lage in Deutschland und Europa sowie die hervorragenden Verkehrsverbindungen. Sie beschäftigen in Deutschland und Europa tausende Fachkräfte und tragen somit auch zum wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland bei.

Meine Damen und Herren,

Was ist das Besondere an der deutschen Berufsausbildung? Und warum können auch ausländische Unternehmen hiervon profitieren?

Der frühzeitige Kontakt mit der tatsächlichen Arbeitswelt, das Lernen am Arbeitsplatz und im Arbeitsprozess – wie es so schön heißt: „Learning by doing“, das hat in Deutschland eine lange Geschichte. Vorreiter ist hier vor allem das Handwerk, das auf eine Ausbildungstradition bis ins Mittelalter zurückblicken kann. Im 19. Jahrhundert begannen auch die Industriebetriebe mit einer systematischen Berufsausbildung und schließlich zog vor knapp hundert Jahren der Handel mit der Schaffung von kaufmännischen Ausbildungsgängen nach. 1969 wurden mit der Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes die verschiedenen Ausbildungsstränge unter ein gemeinsames, bundeseinheitliches rechtliches Dach gestellt. Die wichtigsten Merkmale dieses typisch deutschen Berufsbildungssystems lauten:

- Ca. 80 % der zumeist dreijährigen Ausbildungszeit verbringen die Jugendlichen – „Auszubildende“ genannt – am Arbeitsplatz ihres Unternehmens. Dies ist der betriebliche Teil der Ausbildung. Darüber hinaus wird die Ausbildung ergänzt durch Unterricht an einer Berufsschule. Das ist der schulische Teil. Die Ausbildung findet also an zwei Lernorten statt – daher sprechen wir in Deutschland auch von einer „dualen Berufsausbildung“.
- Die Bundesregierung erlässt für jeden Ausbildungsberuf eine für ganz Deutschland einheitlich gültige Ausbildungsordnung, in der unter anderem die zum Erlernen des Berufs notwendigen Qualifikationsanforderungen sowie die Prüfungsanforderungen festgelegt sind.
Ziel der Ausbildung ist der Erwerb der für den jeweiligen Beruf nötigen Handlungskompetenz, die neben dem unerlässlichen Fachwissen auch die hierfür erforderliche Methoden- und Sozialkompetenz umfasst.
- Auf Basis der Ausbildungsordnung schließen für den betrieblichen Teil der Ausbildung der Ausbildungsbetrieb und der Jugendliche einen Berufsausbildungsvertrag, in dem weitere Einzelheiten der Ausbildung festgelegt werden.
- Der Ausbildungsbetrieb ist verpflichtet, den Auszubildenden für den ergänzenden Unterricht an der Berufsschule freizustellen. Für die Inhalte, die Organisation und die Kosten des Berufsschulunterrichts ist jeweils das Bundesland zuständig, in dem der Unterricht stattfindet. Für die Berufsschulen in Frankfurt ist also das Land Hessen zuständig.
- Die Überwachung der betrieblichen Ausbildung übernehmen – als Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft – die örtlichen Kammern. Sie beraten die Betriebe und die Auszubildenden in Ausbildungsfragen, entscheiden über die persönliche und fachliche Eignung der Ausbilder. Die Kammern registrieren die Berufsausbildungsverhältnisse und sind vor allem zuständig für die Durchführung der Prüfungen und nehmen somit im Auftrage des Staates eine hoheitliche Aufgabe wahr.
- Die Betriebe übernehmen die Kosten der betrieblichen Ausbildung und zahlen den Auszubildenden eine Ausbildungsvergütung.

„Warum“, werden Sie sich fragen, sollen Jugendliche für ihre Berufsausbildung auch noch Geld bekommen?“ In der Tat, noch im 19. Jahrhundert musste der Jugendliche für eine Ausbildung im Handwerksbetrieb Lehrgeld zahlen. Immerhin bekam er dafür – neben der Ausbildung – auch noch die Unterkunft und Verpflegung gestellt. Unter dem Konkurrenzdruck der industriellen Massenproduktion betrachteten im Laufe der Zeit immer mehr Handwerksmeister ihre Lehrlinge hauptsächlich als kostengünstige Arbeitskräfte. Nicht die Ausbildung, sondern der Arbeitseinsatz trat in den Vordergrund. Die Entrichtung von Lehrgeld entfiel nach und nach. Im Gegenteil, ab 1900 zahlte – wie schon die Industrie – zusehends auch das Handwerk an die jungen Leute Lohnleistungen. Mit Einführung des Berufsbildungsgesetzes 1969 wurde die Zahlung einer Ausbildungsvergütung verbindlich festgeschrieben. Dahinter steht die Überzeugung, dass auch Auszubildende zur Produktivität ihres Ausbildungsbetriebes beitragen, da die Berufsausbildung vor allem im Prozess der Arbeit durchgeführt wird. Das bedeutet: In der Regel wird ein Auszubildender spätestens nach der Hälfte seiner Ausbildungszeit, also nach ca. 1 ½ Jahren, zu einem produktiven Kraft seiner Firma! Die Höhe der Vergütung ist branchen- bzw. berufsabhängig und wird im Rahmen von Tarifverträgen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ausgehandelt. Bei den meisten Ausbildungsberufen beträgt sie pro Monat zwischen 500 und 700 Euro.

Was sind die Vorteile dieses Berufsbildungssystems für die Betriebe?

- 1) Eine Berufsausbildung sichert den Fachkräftebedarf von morgen! Trotz der noch bedauerlicherweise hohen Arbeitslosenquote nimmt die Zahl der Branchen zu, die schon jetzt händeringend gut ausgebildete Fachkräfte suchen. Angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland und Europa wird sich diese Tendenz in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verschärfen.
- 2) Nach Abschluss der Ausbildung steht Ihnen eine zu 100 % eingearbeitete Fachkraft zur Verfügung! Die in den staatlichen Ausbildungsordnungen festgelegten Qualifikationsanforderungen sind Mindestanforderungen und sind zudem möglichst technikoffen und verfahrensneutral formuliert. Sie können die Jugendlichen speziell auf ihre Unternehmensbedürfnisse hin ausbilden und zudem weitere notwendige Inhalte vermitteln, die nicht in der Ausbildungsordnung genannt sind.
- 3) Die betriebliche Ausbildung ermöglicht eine hohe Identität des Jugendlichen mit dem Unternehmen, so dass bei einer späteren Übernahme in ein Arbeitsverhältnis mit einer hohen Motivation zu rechnen ist.
- 4) Der Auszubildende trägt schon bald zur Produktivität im Betrieb bei. Das ist kostengünstiger als eine ungelernete Kraft einstellen und bezahlen zu müssen.
- 5) Die in den Ausbildungsordnungen bundesweit festgelegten Anforderungen bieten Sicherheit: Wenn sich von außerhalb eine Fachkraft eines anerkannten Ausbildungsberufs bei Ihnen bewirbt, wissen sie, welche Fertigkeiten der Bewerber in der Regel beherrscht und über welche Kenntnisse er verfügt.

Aber auch die Jugendlichen profitieren von der dualen Berufsbildung:

- 1) Sie schätzen die Praxisnähe der Ausbildung, sie erhalten vom ersten Tag an einen realistischen Eindruck von der Arbeit im Unternehmen und sind stolz, zur Produktivität des Unternehmens beitragen zu können.
- 2) Durch die Ausbildung in einem bundesweit anerkannten Ausbildungsberuf haben die jungen Leute später gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt, auch dann, wenn sie der Ausbildungsbetrieb nicht übernehmen will.
- 3) Auch mit einer dualen Ausbildung kann man Karriere machen bzw. wirtschaftlich sehr erfolgreich sein!
(Beispiele: **Max Grundig**: Einzelhandelskaufmann;
Artur Fischer (Dübel): Bauschlosser;
Ludwig Georg Braun, DIHK-Präsident und Vorstandsvorsitzender der Braun Melsungen AG mit 29.000 Mitarbeitern: Bankkaufmann...
... sie haben alle nicht studiert!)
- 4) Die Ausbildungsvergütung bietet den Jugendlichen schon frühzeitig eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Meine Damen und Herren,

Parallel zu der bereits erwähnten gemeinsamen Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“ wird das Bundesministerium für Bildung und Forschung seine Anstrengungen zur Stärkung der dualen Ausbildung in ausländischen bzw. internationalen Unternehmen weiter ausbauen. Im Rahmen des Ausbildungsstrukturprogramms JOBSTARTER gehört die Akquirierung von Ausbildungsplätzen bei ausländischen Unternehmen zu einem Schwerpunktthema der Projektförderung. Bei einer Laufzeit bis 2010 beträgt das Gesamtfördervolumen 125 Mio. Euro (einschließlich Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, ESF). Im Rahmen der ersten Förderrunde konnten inzwischen acht Projekte, die die Förderung der Ausbildung in ausländischen Unternehmen zum Schwerpunkt haben, bei einem Fördervolumen in Höhe von rund 2 Mio. Euro bewilligt werden. Die Projekte haben mit ihrer Arbeit im Sommer dieses Jahres begonnen. Wahrscheinlich bis zu neun weitere Projekte werden wir im Rahmen der zweiten Förderrunde Anfang nächsten Jahres bewilligen (Bewilligungsverfahren läuft noch!). Die Veröffentlichung der Richtlinien für die dritte Jobstarter-Förderrunde ist bereits für Mai 2007 geplant.

Meine Damen und Herren,

nutzen Sie die Chancen, die Ihnen das duale Ausbildungssystem bietet! Wenn Sie Fragen haben oder Hilfe brauchen, wenden Sie sich an die Industrie- und Handelskammer oder an das Team von IUBA. Wenn Sie darüber hinaus – in Ergänzung der Arbeit von IUBA – selbst aktiv werden wollen, indem beispielsweise zusammen mit anderen Unternehmen ein Ausbildungsprojekt starten wollen, schauen Sie ruhig vorbei bei www.jobstarter.de, dort finden Sie alle notwendigen Informationen und vor allem weitere Ansprechpartner, die Ihnen weiterhelfen können.